

Antrag Nr. 14-F-33-0036

CDU/SPD

Betreff:

Prostitution in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 19.3.2014 -

Antragstext:

Der Magistrat wird gebeten,

Vertreter des Ordnungsamtes, der Polizei und des Gesundheitsamtes in die nächste Sitzung des Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzuladen, um nach Möglichkeit folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Beratungsangebote in städtischer und freier Trägerschaft gibt es zur sozialen und gesundheitlichen Betreuung von Prostituierten in Wiesbaden?
2. Wie wird die STD-Sprechstunde (Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten) des Gesundheitsamts für Prostituierte angenommen und was beinhaltet das Beratungsangebot?
3. Wohin können sich Personen in Wiesbaden wenden, wenn sie aus der Prostitution aussteigen möchten?
4. Welche Unterstützungsmöglichkeiten bietet die Landeshauptstadt Wiesbaden Prostituierten (zum Beispiel durch das kommunale Jobcenter)?
5. Was ist über die Wohn- und Lebensbedingungen von Prostituierten in Wiesbaden bekannt?
6. Ist bekannt, wie viele Prostituierte „freiberuflich tätig“ oder „angestellt“ sind?
7. Welche Formen der Wohnungsprostitution gibt es und wie häufig kommen sie vor?
8. Sind in den letzten zehn Jahren strafrechtliche Ermittlungen in Fällen von Zwangs- und /oder Kinderprostitution sowie Menschenhandel in Wiesbaden abgeschlossen geworden?
9. Gibt es Konzepte z.B. im präventiven Bereich, um vor allem Kinder und Jugendliche zu schützen (ggf. auch in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei)?

Wiesbaden, 20.03.2014

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Christoph Manjura
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Markus Seidel
Fraktionsreferent

Daniela Fuge
Fraktionsreferentin